

Eine Schraube ohne Ende.

Die gegen die Hochflut der Preise aufgeworfenen Dämme haben sich als unwirksam erwiesen. Die Flut steigt unaufhaltsam weiter und weiter. Eine wahre Sintflut. Nach der biblischen Erzählung hat es vierzig Tage und vierzig Nächte ununterbrochen geregnet, dann hörte es aber doch schließlich auf und allmählich zeigte sich wieder trockenes Land, auf das man seinen Fuß setzen konnte. Seit ungefähr zwei Jahren aber regnet es unaufhörlich Verteuerungen, allen Verordnungen zum Trotz, die sie hintanhaltend sollen. Kein Preis erscheint den Produzenten und Verkäufern hoch genug, daß man nicht einen noch viel höheren auf ihn propfen könnte. In den ersten zwei Kriegsjahren ging es noch verhältnismäßig richtig zu. Die Preise waren im Vergleich zu denen, die später kommen sollten, noch sehr mäßig zu nennen. Wer würde heute nicht für das, was er überhaupt zu kaufen bekommt, mit Freudenbezahlen, wie viel man damals von ihm verlangte, das er aber zu diesem Preise anzuschaffen sich scheute. 1916 nahmen zum erstenmal die Preissteigerungen ein schnelles Tempo. 1917 war dieses Tempo schon galoppierend, und gegenwärtig hat es noch nichts von seinem Lauffschritt verloren. Von all dem, was man bisher gegen diese schwere wirtschaftliche Kalamität vorgekehrt, hat nichts auch nur im geringsten geholfen. Die Institution der Höchstpreise, in der Theorie so vielversprechend, hat in der Praxis vollständig versagt. Außer den Konsumentenorganisationen, die aber keine genügende Versorgung bieten, kümmert sich kein Mensch um diese Höchstpreise, die in dem Moment, in dem sie festgesetzt werden, sich sofort in Mindestpreise verwandeln und nur die Wirkung haben, entweder umgangen zu werden oder, wenn dies nicht gut möglich ist, die Ware zum größten Teil vom Markte verschwinden zu machen. Wie wenig die Höchstpreise respektiert werden, davon kann man sich auf den Märkten und in den Auslagenseitern vieler Geschäfte leicht überzeugen, wo ohne jede Scheu Zahlen angegeschrieben werden, die manchmal um ein Mehrfaches die Höchstpreise übersteigen. Besonders auffallend und unerquicklich ist es, daß gerade zu der Zeit, in der die Ernte reif und in die Scheuer eingebracht wird, die Lebensmittelpreise nicht etwa die Tendenz haben, zurückzugehen, sondern einen neuen Anlauf nehmen, noch höher und höher zu steigen. So war es im Hochsommer 1916, so war es zu derselben Zeit 1917 und so ist es wiederum jetzt. In den wenigen Wochen, in denen die Sommerfrischler nicht in Wien waren, finden sie, vom Lande zurückkehrend, neue, sehr unliebsame Veränderungen. Mehl und Brot ist wieder teurer geworden, Gemüse, Kartoffeln, Obst und Eier, soweit sie überhaupt zu haben sind, ebenfalls, Butter und Geflügel unerquicklich. Bei Kohle und Zucker liegt eine weitere Erhöhung der schon hoch gestiegenen Preise in der Luft.

Brot und Kohle. Von dem Bericht-
erstatte des Finanzausschusses des Ab-

geordnetenhauses über die Kohlensteuervorlage sind sie in einen Zusammenhang gebracht worden. Als Vertreter Wiens, also eines städtischen reinen Konsumentenbezirkles, konnte er sich nicht entschließen, dem im September wieder zusammentretenden Reichsrat die Annahme der Kohlensteuer zu empfehlen, und hat die Niederlegung seines Referentenamtes ausdrücklich damit begründet, daß durch die Erhöhung der Brot- und Mehlpreise den landwirtschaftlichen Kreisen auf Kosten der städtischen Bevölkerung ein großer greifbarer Vorteil zugewendet worden ist. Nicht nur haben die Landwirte höhere Getreidepreise als im Vorjahre zugestanden erhalten, sie sind als Selbstversorger auch von der Belastung des gesteigerten Brot- und Mehlpreises frei. Bekanntlich hat auch der Wiener Gemeinderat mit einer ähnlichen Motivierung in einer scharfen Resolution gegen die Verteuerung des unentbehrlichsten Nahrungsmittels Stellung genommen. Wenn auch zugegeben werden muß, daß der Landwirt in der Kriegszeit nicht bloß höhere Einnahmen, sondern auch höhere Ausgaben hat infolge höherer Löhne, die er zahlen muß, und anderweitiger Mehrbelastung, so gehen doch die Preise, die er bei allen seinen Produkten erzielt, weit über das im Interesse der Gesamtbevölkerung Zulässige hinaus. So ist zum Beispiel der Rübenproduzent mitschuldig an der Verteuerung des Zuckers. Im letzten Friedensjahre war der Rübenpreis 2 K. 30 H. pro Meterzentner. 1916 war er schon beinahe das Doppelte, nämlich 4 K., 1917 wurde er wiederum um 50 Prozent auf 6 K. erhöht und für die Rübenenernte von 1918 wurde ein Preis von 12 K., in Ungarn sogar 15 K., zugestanden, damit der Grundbesitzer den Anreiz habe, auch Zuckerrübe zu bauen. So bringt eine Erhöhung die andre mit sich. Es ist eine Schraube ohne Ende. Weil der Landwirt bei den enorm gestiegenen Getreidepreisen einen besseren Ertrag erzielt, wenn er lieber Weizen oder Roggen anbaut und die Rübe vernachlässigt, gab man ihm zur Aufmunterung eine Rübenbauprämie, ohne aber dabei dem weiteren Steigen der Getreidepreise Einhalt zu tun, und schuf so die Grundlage zur Erhöhung des Zuckerverpreises. Aber wenn damit wenigstens die abnorm gesteigerten Einnahmen der Ackerbau treibenden Bevölkerung schon erschöpft wären! Man kann nicht vorbei vor dem Schleichhandel, ohne es auszusprechen: Es könnte keinen Schleichhandel mit Lebensmitteln geben, wenn nicht zahlreiche Landwirte dem Schleichhändler Ware geben, in vielen Fällen auch direkt von Konsumenten sich Preise zahlen lassen, die den unerlaubten Zwischenhandelspreisen sehr nahekommen. Die Städte, die auf das Land Hamsterreisen unternehmen, wissen davon zu erzählen. Sie sind durch die Preise, die sie dem Produzenten bieten, allerdings mit schuld daran, wenn gar nichts billiger werden will. Ein Geldstrom ergießt sich unaufhörlich auf das flache Land. In der Reihe der Kriegsgewinner sind die Landwirte nicht die letzten.

Die so hoch hinaufgeschraubten Preise genügen aber offenbar den Produzenten und den Händlern noch immer nicht. Sie glauben, das ins Unendliche fortsetzen zu können. Kein Tag, ohne daß irgend etwas neuerdings in die Höhe geht. Die Schraube kommt gar nicht zur Ruhe. Immer höher und höher dreht man sie. Kann das so fortgehen? Wie weit kann dieser Wahnsinn noch getrieben werden? Verordnungen, mögen sie noch so zahlreich und noch so streng sein, vermögen da nicht Wandel zu schaffen, wenn sie nicht auch durchgeführt werden. Seitdem im Jahre 1915 zum erstenmal die Beschlagnahme der Ernten angeordnet wurde, hat man vergebens darauf gewartet, daß auch wirklich die zum Lebensunterhalt wichtigsten Bedarfsartikel so erfasst werden, daß der Bevölkerung eine genügende Versorgung gesichert werde. Der Mangel an Zuweisung durch die Zentralen und im Gegensatz hierzu der Ueberfluß im Schleichhandel für jeden, der die unerhörten Preise zahlen konnte und wollte, sind der sprechendste Beweis dafür, daß bei der Erfassung zu viel für den unerlaubten Handel übriggelassen wurde. In dem Moment, wo wenigstens das Notwendigste auf jeden Kopf der Bevölkerung wird aufgeteilt werden können, wird die Unerfüllbarkeit der Produzenten und der hierdurch geschädigte Schleichhandel ins Mark getroffen sein, man wird